

Haushaltsrede der FDP-Fraktion zum Winnender Haushalt 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

Friedrich August von Hayek hat einmal die Freiheit mit Luft verglichen: Man spürt sie nicht, wenn man sie hat. Man bemerkt sie erst, wenn man sie nicht mehr hat.

2020 wurde vielen Menschen zum ersten Mal so richtig bewusst, welche Privilegien Bürger*innen in einer liberalen Demokratie genießen. Der **Wert von Freiheit** und gesetzlich garantierten **Grundrechten** wie beispielsweise das Recht auf freie Berufsausübung und Freizügigkeit, wird während eines sog. Lockdowns für alle spürbar. Das Menschenbild unserer Demokratie gründet in unseren christlichen Wurzeln, in der die Würde des Menschen als unantastbar gilt (Artikel 1 GG). Daher sind der Staat und alle Staatsbürger*innen in der Pflicht, Menschenleben zu schützen. Jedoch muss in einer parlamentarischen Demokratie auch um den richtigen Weg gestritten werden. Dieser Diskurs wird häufig nicht vielschichtig genug geführt – Strategien zur Bekämpfung der Pandemie oft unzureichend formuliert. Ein **Lockdown** ist leider keine nachhaltige Strategie, sondern **letztes Mittel in einer Demokratie**.

Gute Entscheidungen entstehen aus der Ruhe heraus, nicht aus der Panik. In der Pandemie droht das für eine freiheitliche Gesellschaft so wichtige **Vertrauen** in Institutionen und Mitmenschen zu zerfallen. Vertrauen wird dann durch Kontrolle ersetzt – und damit Freiheit durch Zwang. Für einen Liberalen heißt Freiheit aber nicht, das Recht auf Rücksichtslosigkeit, sondern **Selbstverantwortung für das eigene Handeln**.

Die Krise offenbart die **Versäumnisse der Vergangenheit** schonungslos beispielsweise im Bereich **Bildung und Digitalisierung**. Die Digitalisierung wurde in den letzten Jahren deutschlandweit verschlafen. Auch unser Antrag von 2018 alle Winnender Schulen schneller zu „digitalisieren“, fand keine Mehrheit. Unter dem Brennglas der Pandemie offenbaren sich nun die Versäumnisse. Hier wünschen wir uns mehr Tempo! Auch bei der Beschaffung von Endgeräten.

Der Winnender Haushalt ist stark durch die derzeitige Lage betroffen. Die Corona-Pandemie sorgt in 2020 für einen deutlichen **Gewerbesteuereinbruch**. 2021 drohen ebenfalls noch nicht absehbare Steuerrückgänge. Geld, das eigentlich dringend gebraucht würde, um beispielsweise Kindergärten zu bauen oder Schulen zu sanieren. Zwar sieht die Haushaltslage auf den ersten Blick gut aus. Dies liegt aber an der großzügigen Unterstützung von Bund und Land.

Das nährt die gefährliche Illusion, dass man Geld einfach so beschaffen kann. Der Staat müsse nur tief genug in seine Taschen greifen. Fakt ist aber, dass die **sog. Corona-Hilfen** das **Steuergeld von morgen** sind, dass der Staat sich jetzt als Kredit beschafft und später vermutlich durch Steuererhöhungen wiederholt.

Generationengerecht ist das nicht, denn unsere Kinder und Enkel werden den Schuldenberg mit sich rumschleppen und Stück für Stück abtragen müssen.

Mehr denn je müsste es eigentlich Reformen geben: **Bürokratieabbau, Senkung der Steuer- und Abgabenlast für die Bürger*innen** und in manchen Bereichen deutlich weniger Staat. Während viele Gastronomen, Händler und Freiberufler auch in unserer Stadt nicht wissen, wie lange sie noch Mieten und Unterhalt stemmen können, müssen sich Rentner, Pensionäre, Beamte und Angestellte im öffentlichen und halböffentlichen Dienst nicht um ihr regelmäßiges Einkommen sorgen. In der Krise wird überdeutlich wie die **kleinen und mittleren Unternehmen und Selbständige** das volle unternehmerische Risiko tragen, oft mit ihrem ganzen Privatvermögen haften und täglich um Ihre Existenz und die Ihrer Mitarbeiter kämpfen müssen. Es schmerzt viele zu sehen, wie Milliarden an Großkonzerne wie TUI gehen während sie um verhältnismäßig geringe Unterstützung ringen müssen. Leider wird nur unzureichend in **gute Rahmenbedingungen für Selbständige und Existenzgründer** investiert – auch in Winnenden.

Während der Onlinehandel höhere Umsätze verzeichnet und weiter zulegt, kämpft der **stationäre Einzelhandel** mit massiven Umsatzeinbrüchen. Dieser Strukturwandel wird unsere Winnender Innenstadt nicht verschonen. E-Commerce wird weiter rasant wachsen und vor Ort werden nur die Händler eine Chance haben, die echte Kundenerlebnisse bieten. Büros und Geschäfte werden deutlich weniger werden. Darauf muss sich die Stadtverwaltung einstellen. Künftig wird das Stadtmarketing und die Wirtschaftsförderung einen noch wichtigeren Baustein einnehmen. Seit Jahren fordern wir den **Masterplan Innenstadt** zügig umzusetzen. Dabei geht es uns weniger um einen neuen Straßenbelag in den Seitenstraßen der Marktstraße. In der jetzigen Situation würde das dem innerstädtischen Handel ohnehin nur noch mehr schaden. Es geht um eine *allgemeine Attraktivitätssteigerung: durch ein Beleuchtungskonzept, eine bessere Aufenthaltsqualität, praktisch um Sitzgelegenheiten, ausreichend Mülleimer und Fahrradabstellmöglichkeiten*. Das könnte beispielsweise während eines Locksdown zügig umgesetzt werden. Worauf warten wir da eigentlich?

Doch die düsteren Aussichten im Handel können auch eine Möglichkeit sein für mehr **innerstädtischen Wohnraum**, der wiederum den Flächenfraß eindämmt – eine Chance, die wir unbedingt städteplanerisch im Auge behalten müssen.

Im Winnender Haushalt ist für 2022 eine Steuererhöhung für die Gewerbesteuer und Grundsteuer A und B um 10 von Hundert eingeplant. In der größten wirtschaftlichen Krise nach dem Zweiten Weltkrieg **lehnen wir Steuererhöhungen entschieden ab**. Auch wenn es sich um eine rechnerische Position handelt, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu bekommen. Diejenigen, die in der Krise schnell und **konsequent Kosten senken und gleichzeitig in nachhaltiges Wachstum investieren**, werden am besten aus der Krise herauskommen. Was für Unternehmen und Selbstständige gilt, kann auch auf Kommunen übertragen werden. Wie fordern die Verwaltung auf, sämtliche Positionen zu überprüfen und bestärken sie darin, neue Wege zu denken und zu gehen.

Die Bürger*innen und Unternehmen sind es seit diesem Frühjahr gewohnt, vieles online zu erledigen. Winnenden hat sich bereits auf den Weg zu einer **digitalen Verwaltung** gemacht. Einige Dienstleistungen der Bürgerservicestelle können bereits online erledigt werden. Gemeinderatssitzungen finden als sog. Hybridsitzungen - online und im Rathaus - statt. Hier hat Winnenden eine Vorreiterrolle für andere Kommunen übernommen. Das begrüßen wir

sehr. Trotzdem, da ist noch viel Luft nach oben und der digitale Transformationsprozess in der Verwaltung ist erst am Anfang und könnte einen weiteren Schub vertragen.

Leider stellen wir fest, dass eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wie die Schaffung von **bezahlbarem Wohnraum** in unserer Stadt auf einige wenige abgewälzt wird. In Winnenden wurde das sog. „Handlungskonzept Soziales Wohnen“ eingeführt, das den sozialen Wohnungsbau fördern soll. Klingt gut für alle, die gerade eine bezahlbare Wohnung suchen. **Gut gemeint, ist aber nicht gut gemacht!**

Die Wahrheit ist, dass diejenigen, die gerade eine neue Wohnung kaufen wollen, im Schnitt nochmal ca. 15.000€ draufzahlen müssen, bei sowieso schon extrem hohen Kaufpreisen. Wer nun eine Neubauwohnung kauft oder zum Vermieten baut, trägt die ganze Last und legt das auf seine Mieter um. Das Prozedere ist sehr bürokratisch, bindet Arbeitskraft in der Stadtverwaltung, verzögert Bauvorhaben um Monate oder verhindert sie gar, da sie nicht mehr wirtschaftlich sind. Mieten und Kaufpreise steigen derweil weiter. Für uns ein Irrsinn, dem wir nicht schweigend zusehen können.

Die sog. HasoWo – Abgabe fließt dann noch in eine städtische Baugesellschaft, die den freien Bauherren und -trägern nicht nur **Konkurrenz** macht, sondern auch überteuerte Sozialbauten davon herstellt. Das nennen wir ein klassisches Beispiel für Steuergeldverschwendung!

Eine Stadtverwaltung sollte sich ausschließlich um ihre Kernaufgaben kümmern und nicht parallel als Unternehmer tätig werden. Daher lehnen wir den Haushaltsplan des Eigenbetriebs „Stadtbau Winnenden“ ab und bitten um getrennte Abstimmung.

Auch beim städtischen Unternehmen **Stadtwerke Winnenden**, die sich eigentlich um die örtliche Versorgung von Strom, Gas und Wasser kümmern soll, greift staatliches Handeln immer mehr um sich. Vor kurzem wurde der Gesellschaftszweck der Stadtwerke geändert: „Dienstleistungen aller Art“ sind nun erlaubt. Zukünftig ist damit die Büchse der Pandora geöffnet. Die Stadtwerke können nun in Konkurrenz zu selbständigen Energieberatern, **ortsansässigen Handwerkern** beispielsweise im Bereich Gas, Wasser, Strom und Klimatechnik auftreten und vieles mehr.

Wollen wir das als Gesellschaft?

Die Staatsquote in Deutschland beträgt mittlerweile 54%. Das heißt, schon mehr als die Hälfte an der Gesamtleistung unserer Volkswirtschaft wird von der öffentlichen Hand erwirtschaftet. Die Staatsquote ist ein Gradmesser wie gesund eine Volkswirtschaft nach marktwirtschaftlichen Kriterien ist. Wenn diese Quote steigt, zeigt dies, dass staatliche Institutionen zunehmend Einfluss auf marktwirtschaftliche Abläufe nehmen. Das können doch bürgerliche Parteien und Vereinigungen nicht wollen?

Wir zumindest möchten das die Stadtwerke Winnenden sich um ihr Kerngeschäft kümmern. Hier leisten die Stadtwerke hervorragende Arbeit und sind damit sogar in der Lage das **Wunnebad** (das in die Stadtwerke eingegliedert wurde) grundlegend zu sanieren und sogar um ein Hallenschwimmbecken für Schulen und Vereine zu erweitern.

Nach der Pandemie wird die Welt eine andere sein, das Konsumentenverhalten nachhaltig verändert. Demokratische Länder geraten immer mehr unter Druck von innen wie von außen. China wird ein völlig anderer Wirtschaftsfaktor sein und die europäischen Volkswirtschaften hochverschuldet.

Darum werden wir auch im Jahr 2021 als **liberale Stimme** im Gemeinderat zu hören sein, **für bürgerliche Werte** eintreten und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen.

Unser Dank gilt allen Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung, der Verwaltungsspitze und unseren Kolleg*innen im Gremium für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wenn wir Dinge hinterfragen, so geht es nie um Kritik an Personen, sondern immer um Kritik an der Sache.

***2021 wird die Zeit für mutige Entscheidungen und schnelles Handeln!
Packen wir gemeinsam die anstehenden Herausforderungen an!***

Nicole Kim Steiger für die FDP-Fraktion
Winnenden, den 15. Dezember 2020